

Wir brauchen einen Energieminister

Thomas Bareiß

Unterschiedliche Interessen verhindern die Energiewende. Nur ein Energieministerium kann die Aufgaben bündeln und auch international deutsche Positionen durchsetzen.

Der Bazar ist eröffnet: Seit Beginn des Atom-Moratoriums überbietet sich die Politik mit Zahlenspielen zur Restlaufzeit der deutschen Kernenergie. Die rationale Bewertung von Risiken ist einer emotionsgeladenen Diskussion gewichen, bei der man den Eindruck gewinnen könnte, man müsse nichts anderes tun, als den Schalter umzulegen: von Atomstrom zu grünem Strom.

Was gebraucht wird, sind aber nicht theoretische Zahlenspiele, sondern ist ein realisierbares Konzept. Ein Konzept, das nicht nur die Frage beantwortet, mit welchen Alternativen und wie schnell ein Ausstieg aus der Kernenergie möglich ist. Sondern ein Konzept, das auch bewertet, welchen Preis wir dafür zahlen müssen. Zahlen können. Zahlen wollen.

Dies beinhaltet nicht nur die monetären Aspekte. Wir brauchen also ein Konzept aus einem Guss. Wird die Beschleunigung des Kernenergieausstiegs oberstes Gebot, rücken andere Ziele auf der Prioritätenliste nach unten: Versorgungsunabhängigkeit, Versorgungssicherheit, unsere Klimaschutzziele, der Naturschutz, ein nachhaltiger Ressourceneinsatz.

Wir stehen also vor massiven Herausforderungen in der Energiepolitik. Eines ist jetzt schon klar: Die Energiewende hat einen hohen Preis. Wir alle - die Wirtschaft, die privaten Haushalte, der öffentliche Haushalt - müssen uns auf spürbare Mehrkosten einstellen. Es sind komplexe Investitionsprojekte, die es in den nächsten Jah-

ren umzusetzen gilt. Mit Geld alleine ist es nicht getan: Eine sofortige, kompromisslose Energiewende braucht vor allem die breite Akzeptanz in der Bevölkerung und der Industrie. Diese Akzeptanz wird derzeit viel zu oft zwischen Wirtschafts- und Umweltseite zerrieben.

Die Gestaltung einer zukunftsfähigen, sicheren und trotz allem bezahlbaren Energieversorgung wird damit in der nächsten Dekade zur zentralen Aufgabe der Politik. Es darf nicht sein, dass die Energiepolitik zwischen sechs verschiedenen Ministerien und unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen zerrieben wird. Deshalb brauchen wir die Bündelung der Aufgaben in einem Energieministerium. Nur so kann eine beschleunigte Energiewende zum Erfolg geführt werden.

Klar ist, dass die zurückgehende Kernenergie durch den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, aber auch einen wesentlichen Ausbau fossiler Energieträger ersetzt werden muss. Dabei müssen vor allem die Energieträger gefördert werden, die in Deutschland das Potenzial haben, viel Leistung zu liefern. Der Fokus bei den Erneuerbaren wird auf der Windenergie und der grundlastfähigen Biomasse liegen. Das heißt konkret: Eine Vervierfachung der Windräder, Stromautobahnen und eine Verdreifachung der landwirtschaftlichen Fläche, die derzeit für die Energiewirtschaft genutzt wird.

Je mehr erneuerbare Energieträger einen nennenswerten Anteil an unserer Energieversorgung übernehmen, je stärker müssen sie in den Markt und Wettbewerb integriert werden und Netzstabilität gewährleisten. Dies braucht eine breite Akzeptanz und keine Blockade durch unterschiedliche Ressortinteressen.

Ein Verzicht auf Kernenergie bedeutet auch den Ausbau von Gas- und Kohlekraftwerken, denn bisher kommen etwa 50 Prozent der Grundlast aus der Atomkraft. Hier bedarf es einer Investitions- und Modernisierungsoffensive. Dafür sehe ich jedoch schwarz: Blockiert von Rot-Grün scheitern wir schon heute an einer zügi-

gen Fertigstellung des hocheffizienten Kohlekraftwerks Datteln in NRW. Allerdings verabschieden wir uns mit dem Ausbau fossiler Energieträger von unseren Klimaschutzzielen. Die Nutzung von Technologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung ist deswegen dringend geboten. Auch Klimaschutz und Energiepolitik müssen deshalb gebündelt werden.

Die Energiepolitik der Zukunft hat auch eine europäische Dimension: Bereits das Abschalten von sieben Kernkraftwerken im Rahmen des Moratoriums hat zu einer deutlichen Erhöhung des Stromimports geführt - und damit zum Tausch „deutscher“ Kernenergie gegen „europäische“ Kernenergie. Dies führt die Sicherheitsdiskussion über Atomstrom ad absurdum, schließlich importieren wir eine beträchtliche Menge Strom aus unserem Nachbarland Frankreich. Das Land, in dem nicht nur die meisten Kernkraftwerke Europas stehen, sondern das auch weiterhin auf den Ausbau der Kernenergie setzt.

Deswegen kann die Frage nach neuen Sicherheitsstandards nicht alleine national beantwortet werden. Unsere europäischen Nachbarn müssen in den Ausbau alternativer Energien einbezogen werden. Deutschland hat aufgrund seiner geografischen Lage nur bedingt das notwendige Potenzial für den Ausbau erneuerbarer Energien. Vor dem Hintergrund einer effizienten Energiegewinnung muss deswegen jedes Land in den Aufbau der regenerativen Energieressourcen investieren, von denen der höchste Output zu erwarten ist.

Vor allem aber muss eine Harmonisierung von Fördermechanismen innerhalb der EU erfolgen. Deshalb müssen wir massiver als bisher unsere energiepolitischen Interessen in Brüssel vertreten. Auch dort gilt, dass eine einheitliche deutsche Stimme am meisten Wirkung haben wird.

Der Autor ist Energiekoordinator der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Sie erreichen in unter: gastautor@handelsblatt.com